

GLB Haushaltsrede 2012 von Doris Sterzelmaier,
Fraktionsvorsitzende, in der Stadtverordnetenversammlung am
15.12.2011

Sehr geehrter Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Gäste.

die Stadtverordnetenversammlung stimmt heute über einen Haushaltsplan ab, mit dem Bensheim trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen weiterentwickelt wird. Der Etat trägt einerseits die Handschrift der schwarz-grünen Koalition, doch er ist so abgefasst, dass ihm bei den Leistungen für die Bensheimer Bürger eigentlich alle Fraktionen zustimmen müssten.

Zu den Rahmenbedingungen lassen sie mich folgendes feststellen:

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind immer noch deutlich zu spüren.

Vor der Wirtschaftskrise konnten wir noch einen jahresbezogen ausgeglichenen Haushalt für 2007 vorlegen und mit dem Jahresabschluss die Fehlbeträge aus den Vorjahren abdecken, dies wäre mit den heutigen Einnahmen der Stadt nicht mehr möglich.

Die Summe der ordentlichen Erträge ist gegenüber der Haushaltsplanung 2011 auf rd. 71,6 Mio. € gestiegen.

Gleichzeitig steigen die ordentlichen Aufwendungen um knapp 6 Mio € (darin alleine knapp 4 Mio Euro Umlagenerhöhung) auf jetzt rd. 87,6 Mio. € Rechnen wir das außerordentliche Ergebnis

dazu haben wir ein Defizit im Ergebnishaushalt von 17,5 Mio Euro.

Als Kommunen haben wir grundsätzlich folgendes Problem bei der Finanzausstattung:

Die größte Einnahmequelle der Stadt ist die Gewerbesteuer mit brutto 29 Mio Euro für 2012. Dieser stehen allein schon Ausgaben

von 27 Mio Euro für Kreis- und Schulumlage, sowie rd. 6,0 Mio. Euro an Gewerbesteuerumlage gegenüber.

Hier zeigt sich ganz deutlich, dass die Haupteinnahmequelle der Stadt Bensheim, nämlich die Gewerbesteuer, nicht ausreicht allein die gesetzlich geforderten Umlagen zu zahlen. Es fehlen hier schon 4 Mio Euro.

Auch die zweitgrößte Einnahmequelle der Stadt Bensheim, die Einkommensteuer mit rd. 18,2 Mio. Euro, hat nach wie vor noch nicht die vor der Wirtschaftskrise erzielten Werte erreicht und der Ansatz musste nach der Novembersteuerschätzung nochmal reduziert werden.

Rechnen wir nur die Personalkosten von 9 Mio Euro, die Zuschusskosten zum Eigenbetrieb Kinderbetreuung von 6,3 Mio zu den fehlenden 4 Mio noch dazu, so bleibt hier schon ein Minus von 1,1 Mio Euro, welches auch der Einkommensteueranteil nicht abdeckt wird.

An diesen Zahlen ist zu erkennen: Die schwarz-grüne Koalition hat kein hausgemachtes Defizit.

Auf die Höhe unserer Einnahmen und die Höhe unserer Pflichtausgaben haben wir nur begrenzt Einfluss. Die kommunale Selbstverwaltung kommt zunehmend an ihre Grenzen.

Ein weiteres Beispiel dafür ist: Bensheim bekommt zur Zeit nur den Mindestbetrag bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von 357.000,-- Euro , weil wir noch als finanzstarke Kommune für das Land zählen. Gleichzeitig müssen wir 700.000,-- Euro wegen der neu eingeführten Kompensationsumlage wieder abführen. Bleibt bei uns allein hier eine Differenz von Minus von 343.000,-- Euro hängen

Der beliebte Hinweis, wäre die Stadt ein Unternehmen, dann... hinkt, weil die Stadt ist eben kein Unternehmen. Sie hat Pflichtaufgaben zu erfüllen, die vom Grunde her defizitär sind. Ihre Einnahmen können nur begrenzt durch Steuergesetzgebung erhöht werden.

Hier haben wir in Bensheim die Spielapparatesteuer auf den Höchstsatz angehoben das bringt 210.000,-Euro mehr und die Grundsteuer nach 10 Jahren erstmals wieder angehoben. Dies bringt der Stadtkasse 500.000,-- Euro Mehreinnahmen. Erinnern wir uns an die eben genannte Differenz zwischen Schlüsselzuweisung und neuer Umlage, so ist ein Großteil dieser Steuermehreinnahmen aber schon wieder weg.

Bei all dem wird deutlich dass die Kommunen auch ein strukturelles Problem haben und dadurch eine grundlegende Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches notwendig wird.

Die finanzielle Lage in Bensheim und damit auch die Selbstverwaltung der Kommune wäre auch deutlich besser, wenn z.B. das Konnexitätsprinzip vom Land Hessen eingehalten werden würde.

Bensheim präsentiert sich als Kinder und familienfreundliche Stadt sowohl mit dem Angebot der Kindertagesstättenplätze, als auch mit den moderaten Gebühren sowie den flexiblen

Zeitmodulen für die Kinderbetreuung. Auch den Qualitätsstandard haben wir mit der Zusatzausbildung der Erzieherinnen für Sprachförderung gesteigert. Familienfreundlichkeit ist eine Stärke unserer Stadt. Der Zuschuss der Stadt zum Verlustausgleich des Eigenbetriebes Kindertagesstätten beträgt für 2012 = 6,3 Mio Euro bei einem Gesamtvolumen von 11,9 Mio Euro. Nach unserer Auffassung gut angelegtes Geld, dass in die Zukunft unserer Kinder und damit unserer Gesellschaft investiert wird. Unsere Anstrengungen - trotz der schlechten Haushaltslage - im sozialen Bereich und insbesondere bei der Kinderbetreuung sind auch als präventive Maßnahmen zu sehen und somit unbezahlbar.

Diesen Standard wollen wir halten und die Betreuung für unter 3 jährige weiter ausbauen.

Hier soll gemäß der hess. Landesregierung der Abdeckungsgrad des Angebotes bei 35 % bis 2013 liegen.

Jedoch werden den Kommunen die finanziellen Mittel dafür nicht vom Land zur Verfügung gestellt, eben das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten. Trotzdem sind wir zuversichtlich, dass wir dieses Ziel erreichen werden.

Seit Herbst diesen Jahres gibt es neu eine U 3 Gruppe in der Kita Gartenstraße, nächstes Jahr wird für 900.000,-- euro die KITA Lerchengrund wegen neuer U 3 Plätze umgebaut, ebenso wird die KITA St. Albertus von einer dreizügigen in eine 4 zügige Einrichtung mit U 3 Plätzen umgewandelt.

Durch die Anpassung an den Bedarf gemäß dem Demografieprognosen können bestehende Kita Plätze weiter in U 3 Plätze umgewandelt und mit der Tageselternpflege ein weiterer Bedarf abgedeckt werden, so dass wir das Ziel von 35 % schaffen werden.

Meine Damen und Herren,

nun zu den Anträgen:

Eine Gewerbesteuererhöhung wie von der BFB gefordert bringt aus unserer Sicht nicht die Rettung. Zum einen muss die Gewerbesteuerumlage von dem Mehrbetrag abgeführt werden und zum anderen ist die Gefahr der Abwanderung von Firmen und der geringeren Attraktivität für den Zuzug von Unternehmen zu bedenken. Als Grüne sehen wir hier das Risiko der Abwanderung einhergehend mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und in der Summe niedrigere Gewerbesteuereinnahmen größer, als die Chance zu steigenden Einnahmen zu kommen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Auch der Verkauf der Märkerwaldhütte mit einem Buchwert von ca. 2.300,-- Euro, sehen wir nicht als Rettung für den HH an. Die laufenden Kosten sind gering und durch die Vermietung der Hütte werden noch Einnahmen erzielt, die dann wegfallen. Auch aus naturschutzfachlicher Sicht wären Auflagen nötig, so dass dort nur verträgliche und angepasste Aktivitäten mitten im Wald stattfinden. Als Eigentümerin hat es die Stadt selbst in der Hand. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Dem Antrag zur Halbierung der Kassenkredite können wir nicht zustimmen, da jetzt schon absehbar ist, dass wir zu Spitzenzeiten für kurze Zeit diese Summe benötigen. Ansonsten wäre die Stadt zu bestimmten Zeitpunkten zahlungsunfähig und könnte z.B. die Gehälter nicht auszahlen. Ein Privatmann halbiert auch nicht seinen Dispokredit, wenn er weiß, dass er dieses Limit ab und zu benötigt.

Bezüglich des Sparens, halten wir es für falsch mit der Rasenmähermethode alle Ausgaben pauschal zu kürzen. Auch

ist es uns wichtig die freiwilligen sozialen Leistungen zu halten und gerade jetzt, dort nicht zu sparen. Denn wie heißt es so schön, nur reiche Bürger können sich einen armen Staat leisten.

Um die Ausgaben jedoch besser kalkulieren zu können, haben wir heute einen Antrag für die Deckelung des Eigenbetriebes Stadtkultur auf 2,5 Mio Euro gestellt. Bei einem geringeren Bedarf in 2011 bedeutet dies keine Kürzung.

Bei den Personalkosten sehen wir kein weiteres Einsparpotential. In Bensheim liegen wir mit einer Personalkostenquote von 12,44 % weit unter dem vom Hess. Rechnungshof ermittelten Landesdurchschnitt von 23,8 %. Die Personaldecke ist dünn. Trotzdem halten wir an der 6 monatigen Stellenbesetzungssperre fest und auch die Stelle des Volljuristen wollen wir nicht besetzen und wollen sie mit einem Sperrvermerk versehen.

Meine Damen und Herren,

Wir müssen aufpassen wenn wir nötige Investitionen in unsere Infrastruktur einsparen und damit in die Zukunft verschieben. Dies bedeutet die Kosten auf die nächsten Jahre zu verschieben.

Im kommenden Jahr sind einige Ausgaben für die Straßeninfrastruktur vorgesehen. u.a. wird die B 3 vom Land saniert. Hier wollen wir die Chance nutzen den Ortskern in Auerbach, wie schon lange von der Zukunftswerkstatt gefordert, zu attraktiveren. Dann müssen wir natürlich auch die Zusatzwünsche dem Land bezahlen.

Als Grüne sehen wir allerdings nicht, dass alle angedachten Wünsche in die Straßeninfrastruktur erfüllbar sind. Mit unserem Antrag heute haben wir für über 2 Mio Euro Sperrvermerke

beim Straßenumbau am Berliner Ring gesetzt. Hier wollen wir das Geld nicht ausgeben, sondern andere Prioritäten setzen, sehen aber sehr wohl, dass das Problem Unfallschwerpunkt Schwanheimer Str/Berliner Ring gelöst werden muss.

Bei der Abwägung, wo das Geld ausgeben wird sehen wir bei der Gebäudeinfrastruktur noch weiteren Handlungsbedarf. Hier sind zwei Entscheidungen zu treffen.

Zum einen brauchen wir jetzt eine Entscheidung für die Lösung in der Bürgerhausfrage und zum anderen die Lösung für die Umkleiden im Weiherhaus verbunden mit einem Hallenneubau zur Deckung des Bedarfs für die Sportvereine und einem Wegekonzept zur insgesamten Attraktivierung des Stadions. Daher unsere beiden Anträge Top 7 und 9 zu denen nachher noch gesprochen wird.

Meine Damen und Herren,

Wir haben ein prognostiziertes Defizit im Ergebnishaushalt von rd. 17,5 Mio. Euro. Dies ist natürlich unbefriedigend.

Wir arbeiten daran, mittelfristig wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Ab dem Jahr 2013 ist keine Nettoneuverschuldung geplant.

Zur Haushaltskonsolidierung ist zu sagen, dass diese bisher erfolgreich umgesetzt wurde und dabei viele Zielsetzungen erreicht wurden:

Bei der Zielsetzung Einsatz sparsamerer Leuchtmittel sehen wir aufgrund der technischen Entwicklung noch großes Sparpotential durch den Einsatz von LED Technik. Der

Modellversuch im Röderweg zeigte, dass ca 60 % der Energieverbrauch gesenkt werden konnte.

Bei 600.000,-- Euro Kosten für 2012 steckt hier noch Einsparpotential, dass wir heben wollen.

Mit unseren beiden Anträgen zur Konsolidierung ergänzen wir das bisherige Konzept um acht weitere Einsparpotentiale die wir auf den Prüfstand stellen wollen, so dass bei der Konsolidierung noch mehr Kostensenkung erreicht werden kann ohne an der Qualität zu sparen.

Bei der Aufstellung des 2. Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Zeitraum 2009 bis 2013 ging man noch von einem kumulierten Fehlbedarf bis Ende des Jahres 2013 von rd. 71,5 Mio. € aus. Mit Vorlage des Haushaltsplanes 2012 kann eine Verbesserung auf 58,4 Mio Euro dargestellt werden.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird sich der für die Jahre 2008 bis 2010 geplante Verlust von rd. 36,3 Mio. € im Rechnungsergebnis auf voraussichtlich 15,4 Mio. € reduzieren. Also durchweg positive Nachrichten.

Meine Damen und Herren,

Als Grüne sehen wir den Hessentag als große Chance, die es zu nutzen gilt. Bensheim kann sich 2014 als Gastgeber präsentieren, der die Energiewende nicht als Belastung sieht, sondern als Möglichkeit, für nachfolgende Generationen das richtige zu tun. Mit dem Motto klimaneutrale und vernetzte Stadt soll aufgezeigt werden, wie eine Stadt klimaschützend aktiv werden kann. Hier sollen alle Ebenen miteinbezogen

werden. Wenn hiervon 1,2 Mio Hessentagsbesucher partizipieren ist das ein Erfolg, weit über Bensheim hinaus.

Dabei muss der Hessentag in den finanziellen Rahmen passen, es dürfen Gelder nur nachhaltig eingesetzt werden.

Großveranstaltungen bei denen am Ende nur das Defizit übrigbleibt darf es nicht geben.

Die Zuschüsse des Landes sollen der Infrastruktur Bensheims zu Gute kommen und unsere Bürger auch nach dem Fest noch davon profitieren.

Der Bürgermeister von Oberursel Hans Georg Brum sagte am 12.12. im Radio: Der Hessentag gibt einen Investitionszuschuss, der einen Schub für die Stadt gibt, der normalerweise 12 Jahre braucht. Zitat Ende

Und diesen Schub wollen wir für Bensheim auch nutzen. Den anschließend , nach dem Hessentag, ist nicht damit zu rechnen, dass wir noch Spielraum für Investitionen erhalten werden. Dies geht aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht zur Nachtragsgenehmigung hervor.

Meine Damen und Herren,

Im Bereich des Klimaschutzes ist es nicht mit dem Motto als Hessentag getan. Die im Jahr 2011 ausgerufene Energiewende will auch kommunal gestaltet werden. Bensheim hat sich beim Bundesprogramm Masterplan 100 % Klimaschutz beworben und im November den Projektantrag gestellt. Der Bund fördert hier Kommunen, die sich der Herausforderung gestellt haben ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um mind. 95 % gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren und den Energiebedarf um 50 % zu senken. Wie diese Ziele erreicht werden können, welche technischen und organisatorischen Schritte dazu notwendig sind und wo die Stellschrauben liegen,

ist zu ermitteln. Dazu wird vom Förderprogramm die Stelle eines Klimamanagers gefordert, diese haben wir im Haushalt berücksichtigt. Die gesamte Förderung des Projektes erfolgt durch einen 80 % nicht zurückzahlbaren Zuschuss vom Bund.

Diese Bedeutung für Bensheim hatte die BFB wohl nicht erkannt und meinte auf die Stelle des Klimabeauftragten verzichten zu können. Erst nach den Ausführungen im HFA wurde die Wichtigkeit bemerkt und der Antrag zurückgezogen.

Im November haben wir den Magistrat beauftragt ein Konzept für erneuerbare Energien für Bensheim zu erstellen, das Wege aufzeigen soll wo in Bensheim regional erzeugte regenerative Energie verstärkt möglich ist. Nach dem hess. Energiegipfel wurde nun die Windpotentialkarte veröffentlicht. Diese bietet Chancen in der reg. Energieversorgung durch Windräder, die wir in Bensheim auch nutzen wollen.

Mit einem unserer ersten Anträge in dieser Legislaturperiode haben wir dafür gesorgt, dass der gesamte städtische Strombedarf auf Ökostrom umgestellt wird.

Die Ausgestaltung der Energiewende wird uns noch langfristig beschäftigen. Nachhaltige Entscheidungen müssen auf belastbaren Kenntnissen getroffen werden. Hierzu haben wir jetzt die Weichen gestellt.

Meine Damen und Herren,

Der Haushalt bildet den Abschluss eines turbulenten kommunalpolitischen Jahres. Die Fraktion der Grünen Liste blickt mit Stolz auf das zurück, was in den vergangenen Monaten geleistet wurde.

Wir stellen fest, Bensheim hat trotz der schwierigen Situation durch die Wirtschaftskrise nicht an Attraktivität verloren. Die Erhaltung der weichen Standortfaktoren zahlt sich aus. Dort

nicht zu sparen war eine richtige Entscheidung der schwarz-grünen Koalition.

An dieser Stelle auch ein Dank an die Verwaltung, besonders an die Herren Nawrat und Hiesinger mit Ihren jeweiligen Teams.

Wir Grüne stimmen dem HH zu.